

PRESSEMITTEILUNG

Sonntag, 6. April 2008

Der Kreisverband Delmenhorst der Partei Die Linke hat parteiintern eine juristische Prüfung der Entscheidungen um das „Hotel am Stadtpark“ in Auftrag gegeben. Damit soll geklärt werden, ob eine aus CDU, FDP, UAD, den Bündnisgrünen und der Tierschutzpartei bestehende Ratsmehrheit in der Ratssitzung am 2. April befugt war, das Nutzungsangebot der Arbeiterwohlfahrt (Awo) kategorisch abzulehnen und der Verwaltung aufzuerlegen, sich jeglichen Verhandlungen mit der Awo zu verweigern. Die Sprecher der Linken, Jörg Dombrowe und Peter Vogel, erklärten dazu: „Erste Recherchen haben ergeben, dass hier auch europäisches Recht eine Rolle spielt, weil es sich um ein internationales Bieterverfahren handelt“. Die unter der Führung der CDU zustande gekommene Entscheidung des Stadtrates sei offenbar in „Wild-West-Manier“ als Kampfansage an die Delmenhorster Bevölkerung zu werten, die sich in den letzten 15 Monaten nicht nur geschlossen gezeigt hat gegenüber einer drohenden Nazi-Schulungsstätte, sondern die auch eine Vielzahl von eigenen Vorschlägen eingebracht hat.

Dombrowe und Vogel: „Mit diesem Gutachten wollen wir der Bevölkerung zu ihrem guten Recht verhelfen. Schließlich handelt es sich bei diesen vielen tausend Bürgerinnen und Bürgern nicht um eine Manövriermasse der CDU und ihren Gefolgsleuten, die beliebig benutzt werden kann“. Im Übrigen erkennt die Linke im Vorgehen der Awo-Gegner einen Mangel an Demokratie-Bewusstsein, „der uns von den Unterzeichnern unserer Unterschriften-Listen vor Augen geführt wurde“. Das Bündnis „Keine Nazischule in Delmenhorst“, Mitglieder des „Forum gegen Rechts“, Mitglieder der SPD und mehrerer Einzelgewerkschaften haben bekanntlich eine Unterschriftenaktion gestartet, um das Thema Awo-Konzept erneut vom Stadtrat behandeln zu lassen.

Jörg Dombrowe
Kreissprecher DIE LINKE
Kreisverband Delmenhorst

Peter Vogel
Kreissprecher DIE LINKE
Kreisverband Delmenhorst